



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7194
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

29. März 2025

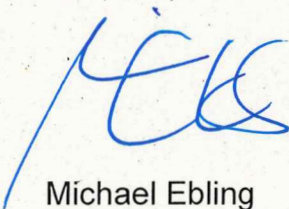
Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Bitte immer angeben!		Max Gieltowski max.gieltowski@mdi.rlp.de	06131 16-3210 06131 16-17-3210

Sitzung des Europaausschusses am 16. Mai 2023
TOP 9: Neues Schengener Informationssystem (SIS)
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/3828 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 16. Mai 2023 wurde zu TOP 9 „Neues Schengener Informationssystem (SIS)“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Eine Welt zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Ebling

Anlage



Sitzung des Europaausschusses am 16. Mai 2023
TOP 9: Neues Schengener Informationssystem (SIS)
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/3828 -

Das Schengener Informationssystem (SIS) ist das verbreitetste und größte System für den Informationsaustausch in den Bereichen Sicherheit und Grenzmanagement in Europa. Damit bildet es eine wesentliche Grundlage der Kooperation mit den Schengenpartnern bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und zur Durchsetzung von Einreise- und Aufenthaltsverboten. Der Ausbau des SIS geht auf einen Vorschlag der Europäischen Kommission aus Dezember 2016 zurück, in dessen Folge das Europäische Parlament und der Rat der EU sich im Juni 2018 auf eine gemeinsame Neuausrichtung geeinigt haben.

Mit dem Inkrafttreten dreier neuer EU-Verordnungen Ende 2018 sind die damit im Zusammenhang stehenden fachlichen, technischen und ablauforientierten Veränderungen neu gefasst worden. Dabei handelt es sich um die Verordnung (EU) 2018/1860 über die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, die Verordnung (EU) 2018/1861 über die Durchführung von Grenzkontrollen und die Verordnung (EU) 2018/1862 über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

Im Zuge des Umsetzungsgesetzes zur Durchführung dieser Verordnungen ist das SIS der dritten Generation (SIS III) am 07.03.2023 in Deutschland in Betrieb gegangen. Das SIS enthält damit Erweiterungen im Bereich der Personenausschreibungen. Die neuen Ausschreibungskategorien beinhalten beispielsweise

- Rückkehrentscheidungen, die gegenüber ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen erlassen werden;
- Präventivausschreibungen;
- Ausschreibungen von unbekannt gesuchten Personen mittels Tatortspuren im „Automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem“ (SIS-AFIS);
- Ausschreibungen zur (sogenannten) Ermittlungsanfrage, damit beispielsweise eine Person angehalten und befragt werden kann, die aufgrund eindeutiger



Anhaltspunkte verdächtigt wird, bestimmte (gemäß Rahmenbeschlusses 2002/584/JI) Straftaten zu planen oder zu begehen sowie

- die Fahndung nach Sachen zum Zwecke der Auffindung einer im SIS ausgeschriebenen Person auch bei verdeckten und gezielten Kontrollen.

Die Rechtsakte sehen eine grundsätzlich verpflichtende Nutzung des SIS im Bereich der Terrorismusbekämpfung vor. Zudem wird bei Personenfahndungen ermöglicht, Ausschreibungen neben Lichtbildern und Fingerabdrücken auch Handflächenabdrücke und DNA- Profile beizufügen.

Weiterhin wurden durch die Verordnungen die bis dato bestehenden Sachfahndungskategorien erweitert, womit neben unter anderem Kraft-, Wasser- und Luftfahrzeugen, Containern, Schusswaffen oder Identitätsdokumenten beispielsweise auch identifizierbare Teile von industrieller Ausrüstung und von Kraftfahrzeugen oder andere hochwertige Sachen im SIS ausgeschrieben werden können.

Neben allen Polizeibehörden können das Kraftfahrt-Bundesamt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Auslandsvertretungen und das Auswärtige Amt, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, die registerführenden Amtsgerichte, die Zulassungsstellen für Luftfahrzeuge (Luftfahrt-Bundesamt) und für Wasserfahrzeuge (Wasser-und Schifffahrtsämter, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sowie Dienststelle Schiffssicherheit) und die Zulassungsstellen für Schusswaffen als staatliche Stellen Zugriff haben.